

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Entschlossen für den Erhalt der Majorel-Callcenter in Schwerin, Stralsund und Neubrandenburg

Der Landtag möge beschließen:

1. Callcenter sind in Mecklenburg-Vorpommern immer noch ein wichtiger Arbeitgeber. Sie bieten arbeitssuchenden Menschen, Quereinsteigern oder Menschen mit Behinderungen ebenso eine Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt wie ausgebildeten Fachkräften. Darüber hinaus werden in den Service-Centern junge Menschen für eine Tätigkeit im Dialogmarketing ausgebildet. Einer der größten Arbeitgeber der Branche im Nordosten ist das Unternehmen Majorel. Die Schließung der Standorte Schwerin, Neubrandenburg und Stralsund hätte schwerwiegende Folgen für die Beschäftigten und ihre Familien sowie für die Kommunen.
2. Der Landtag missbilligt die Schließungspläne für die Majorel-Callcenter in Schwerin, Neubrandenburg und Stralsund.
3. Der Landtag unterstützt die Aktivitäten der Landesregierung zum Erhalt der Majorel-Callcenter in Schwerin, Neubrandenburg und Stralsund.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die endgültige Schließung der drei Standorte und damit den Verlust bzw. die Verlagerung von Arbeitsplätzen zu verhindern.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Zum Jahresbeginn 2019 firmierte das 100-prozentige Bertelsmann-Tochterunternehmen Arvato mit einer Sparte der marokkanischen Saham Group unter dem neuen Namen Majorel. Laut Internetpräsentation beschäftigt das Unternehmen 53 000 Mitarbeiter in 29 Ländern.

Majorel hat die Schließung der vier ostdeutschen Standorte in Chemnitz, Schwerin, Neubrandenburg und Stralsund angekündigt. In Mecklenburg-Vorpommern sind somit ca. 1 000 Beschäftigte vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. Die in den Majorel-Service-Centern aufgegangenen Firmen Arvato Systems Technologies/Arvato Direct Services haben seit 1997 allein durch das Land aus dem Programm der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eine Investitionsförderung in Höhe von 5,132 Millionen Euro erhalten. So flossen in den Standort Rostock 132 000 Euro, nach Stralsund 4,05 Millionen Euro und nach Neubrandenburg 1,95 Millionen Euro.

Die Branche hat in Mecklenburg-Vorpommern nach Angaben der Landesregierung derzeit ca. 12 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ist immer noch ein wichtiger Arbeitgeber. Daher sollte die Landesregierung alle Möglichkeiten nutzen, um die Schließung der Standorte abzuwenden und den damit einhergehenden Arbeitsplatzverlust zu verhindern, zumindest aber zu begrenzen.